

... erfolgreich sozial-räumlich handeln!

Vortrag von Prof. em. Dr. Timm Kunstreich



Das älteste der neun Hamburger KiFaz wird 20 Jahre alt. Die Jubiläen der nächsten Zentren folgen spätestens im nächsten Jahr. Alle arbeiten außerordentlich erfolgreich, finden bundesweite Beachtung, sind umfassend wissenschaftlich evaluiert worden, aber: Weder in Hamburg noch in anderen Bundesländern sind seither neue Kinder- und Familienhilfezentren entstanden. Diesem Widerspruch nach zu gehen, habe ich mir für die folgenden 30 Minuten vorgenommen, denn wenn diese Jubiläumsfeier keine Jubelfeier werden soll, scheint es mir hier der rechte Ort zu sein, diesem Sachverhalt auf den Grund zu gehen. Da es unmöglich ist, alle damit zusammen hängenden Facetten ausführlich zu erörtern, habe ich einige Thesen formuliert. Thesen haben den Vorteil, komplexe Sachen zugespitzt formulieren können – mit der Gefahr, missverstanden zu werden, aber auch die Chance, mögliche Optionen deutlich zu machen.

These 1

Das KiFaz steht für einen grundlegenden Perspektivenwechsel: weg vom institutionellen Blick, hin zu den Anliegen der Bewohnerinnen und Bewohner eines Stadtteils.

Gegen Ende des Jahres 2011 sahen sich die Herausgeber der im deutschen Sprachraum führenden sozialpädagogischen Zeitschrift „neue praxis“ veranlasst, einem Schwerpunktthema besondere Aufmerksamkeit zu widmen: „Wohin treibt das KJHG – Aktuelle Tendenzen in Politik und Praxis“ (Hefte 5 und 6/2011 sowie 1-3/2012). Den Anlass für diese besondere Form der Thematisierung finden wir dort ebenfalls: das so genannte Staatsräte-Papier der SPD-regierten Bundesländer mit dem Titel „Wiedergewinnung kommunalpolitischer Handlungsfähigkeit zur Ausgestaltung von Jugendhilfeleistungen“. Durch „vorrangige Nutzung von Regelsystemen (insbesondere Kita, Schule, Ausbildung, Freizeiteinrichtungen) sowie verfügbaren Angeboten und Ressourcen im Sozialraum zur Wiederherstellung familiärer Lebensverhältnisse und zur Reintegration von Minderjährigen in Familien, Kitas oder Schulen“ (np 5/2011, S. 561) sollen Hilfen zur Erziehung vermieden und die Zahl stationärer Unterbringungen reduziert werden, insbesondere die auswärtigen. Die Perspektive ist deutlich: Es soll eine Umsteuerung versucht werden, zumindest den exorbitanten Anstieg der Haushaltsmittel für diesen Bereich der Kinder- und Jugendhilfe zu deckeln, wenn möglich sogar zu reduzieren – die selbst auferlegte Schuldenbremse lässt grüßen. Die fachliche Begründung zu diesem „Paradigmenwechsel“ liefert Wolfgang Hammer, damals leitender Beamter der Hamburger

Sozialbehörde und ausgewiesener Verfechter sozialräumlicher Ansätze (das ist der auch heute noch als Rentner): „Deshalb gilt es flächendeckend einen Paradigmenwechsel einzuleiten, der unter der Leitlinie steht: Erzieherische Unterstützung wird regelhaft durch eine wohnortnahe, alltagsentlastende unterstützende Infrastruktur geleistet. Familien sollen Unterstützungsangebote erhalten, die ihre Alltags- und Erziehungskompetenz nachhaltig stärken ... Der Rechtsanspruch auf eine geeignete Hilfe zur Erziehung wird im Regelfall am wirkungsvollsten – und mit der stärkeren Beachtung der Menschenwürde – durch entsprechende Angebote der Infrastruktur erfüllt, die eine große Einzelwirkung entfalten. Darauf aufsetzend sind auch die Erziehungshilfen gesellschaftspolitisch und fachlich sinnvoll“ (Hammer 2011, S. 470 f.).

Dieser Absicht trauen die meisten Kritikerinnen und Kritiker nicht. Johannes Münder, allseits anerkannter Kommentator des KJHG, bringt stellvertretend für Viele den Verdacht auf den Punkt: Hier wird ein einklagbarer subjektiver Rechtsanspruch einer schwammigen Konzeption von Infrastruktur geopfert (2011, S. 458). Jede Aufweichung des Rechtsanspruches nach § 27 KJHG ist abzulehnen. Darin sind sich alle einig – auch Hammer und die Staatsräte (nimmt man das Papier ernst)! Aber nach der von der SPD vollzogenen Wende von der „Arbeiterpolitik“ zurück zur „Armenpolitik“ mittels Hartz IV ist das Misstrauen verständlich. In einer Art ersten Zwischenbilanz zu dieser Auseinandersetzung kommentiert Hans-Uwe Otto skeptisch:

Die fachlich dominierende Orientierung besteht darin, „gesellschaftliche Verhältnisse zu stabilisieren und sich in einem Forderungs- und Kontrollkatalog institutioneller Vorgaben zu erschöpfen. In einer modernen kritischen Sozialen Arbeit geht es dagegen immer und ohne Abstriche um die Durchsetzung von Solidarität und Gerechtigkeit für die, die existenziell in und an der Gesellschaft leiden und zudem nicht fähig sind, für ihre eigene Lebensorientierung entwicklungsfähige Lösungen zu finden.“ (Otto 2012, S. 329).

Hans-Uwe Otto hat Recht: In der Tat wird in keinem der np-Beiträge die Subjektperspektive der AdressatInnen/ Betroffenen/ KlientInnen/ NutzerInnen als eigenständige herausgestellt. Am ehesten findet sich diese Perspektive in dem von allen kritisierten Beitrag von Wolfgang Hammer, der an mehreren Stellen nach der Lebenswirklichkeit derjenigen fragt, die Erfahrung mit der Sozialen Arbeit haben. Stattdessen stehen Argumente im Vordergrund, die unschwer als die Verteidigung des Status quo zu erkennen sind und mögliche Alternativen nur in diesem Rahmen thematisieren.

Sicher ist es politisch notwendig, errungene soziale Rechte und Positionen zu verteidigen. Das macht aber nur dann Sinn, wenn die damit verbundenen Herrschaftsverhältnisse kritisierbar bleiben und wenn solche Kritik mit der Perspektive der Aufhebung eben jener Herrschaftsverhältnisse verbunden wird (vgl. Redaktion Widersprüche 1984, S. 122 ff.).

These 2

Als erstes KiFaz macht das Projekt Dringsheide vor, wie auf die Anliegen der Bewohnerinnen und Bewohner eingegangen werden kann: durch Kooperation „auf Augenhöhe“.

Was das konkret bedeutet, macht die Initiatorin und treibende Kraft in der Durchsetzung des KiFaz-Konzeptes, Helga Treeß, deutlich. Als Leiterin der Kinder- und Jugendhilfeabteilung des Rauhen Hauses schreibt sie in ihrer Bilanz nach dem ersten KiFaz-Jahr:

„Wir betrachten das Projekt als Beginn eines Kooperationsprozesses zwischen professionellen Trägern Sozialer Arbeit, BewohnerInnen und nicht-sozialen Einrichtungen. Am (vorläufigen) Ende dieses Prozesses soll für die Dringsheide eine neue Organisation ‚des Sozialen‘ im Stadtteil entstanden sein.

- Die Rolle und Funktion des Rauhen Hauses ist die einer intermediären Organisation, eines Mittlers zwischen den verschiedenen Trägern, Personen und Gruppen, die sich auf ein gemeinsames Konzept,..., für die ‚Wiederbelebung‘ des Gemeinwesens und seiner weiteren Entwicklung einigen sollen.
- Das ‚Management des Sozialen‘ trägt die Verantwortung dafür, dass ein Lernprozeß in Gang kommt, der
- die professionellen Träger von Sozialer Arbeit,
- die überregionalen, aber für das Gemeinwesen zuständigen sozialadministrativen Dienste,
- die nicht-sozial tätigen Menschen, Gruppen und Organisationen sowie
- die örtliche Selbsthilfe
- gleichermaßen anspricht und ihnen attraktiv und nützlich genug erscheint, sich auf ihn einzulassen“ (Treeß 1997, S. 60 f.).

Realisiert wird dieses Konzept in fünf Handlungsfeldern: Gemeinwesen bezogene Aktivitäten, Cafébetrieb und Beschäftigungsprojekt, offene Angebote für Senioren, Eltern, Jugendliche und Kinder, Gruppenangebote und Beratung. Diese Aufgabenbereiche sind bis heute im Wesentlichen gleich geblieben, auch wenn die Bezeichnungen sich etwas geändert haben und die Bereiche weiter ausdifferenziert wurden:

(1) Familienbildung (gemeinsames Frühstück, mit der Beratung ...)

(2) Gewaltprävention in Familien (vor allem Beratung)

(3) Förderung junger Frauen (in eigenen Gruppen)

(4) Kinder- und Jugendbeteiligung (Unterstützung offener Angebote, Gesundheitsförderung ...)

- (5) Elternbeteiligungen (an möglichst vielen Aktivitäten)
- (6) Suchtprävention (Stärkung des Selbstbewusstseins)
- (7) Einzel- und Familienberatung sowie psychomotorische Gruppenarbeit
- (8) Familienbegegnungen (ein Sonntag im Monat ...)

Von Anfang an steht im Mittelpunkt des Projektes das Selbstverständnis als demokratischer Marktplatz des Austausches und der Verständigung. Die EvaluatorInnen sahen darin eine Art von GEMEINDE, die sie wie folgt buchstabiert:

Gastfreundlich sein

Entwickeln statt lösen

Miteinander etwas bewegen

Ermöglichen und entlasten

Identitäten bilden

Nebenbei beraten

Demokratischer Dorfplatz

Einrichtungsübergreifende Arbeitszusammenhänge schaffen

(Langhanky u.a., 2004, S. 21)

These 3

Sozial-räumliche Arbeit verfolgt zwei Prinzipien: „Entsäulung“ und bewusster Umgang mit „Schwellen“.

In einem weiteren sozialräumlichen Projekt einige Jahre später (2002/2003) werden diese beiden Prinzipien konkretisiert. Sie sind im Projekt „Wirksamkeitsdialoge“ entstanden, in dem zehn sozial-räumliche Schnittstellenprojekte sich wechselseitig beraten und als Abschluss eine Handlungsempfehlung erarbeitet haben, was man beachten muss, will man sozial-räumlich erfolgreich arbeiten. Diese Empfehlung unter dem schönen Namen „KVARTIER“ erläutert diese beiden Prinzipien:

„Entsäulung“ meint, Vorhaben – sowohl im Einzelfall wie bei infrastrukturellen Angeboten – nicht nach Maßgabe vorgefundener institutioneller „Säulen“ (Zuständigkeiten, Finanzierungs-

arten, Bestandswahrungsinteressen ...) zu realisieren, sondern sie aus der Perspektive der Adressaten „passgenau“ neu zu gestalten. „Entsäulte“ Angebote sind nicht problemzentriert, sondern entsprechen geäußerten Anliegen. Wenn Vorhaben von den Lebenslagen der Bewohner her konzipiert werden, entsteht eine Vielfalt unterschiedlicher Angebote, die es z.B. denjenigen ermöglicht, die über HzE zu entscheiden haben, eine entsprechende Vielzahl von Alternativen in ihre Überlegungen einzubeziehen (statt nur zwischen ambulanten oder stationären Angeboten bzw. Eingriffen wählen zu müssen – und das unter den Restriktionen des Haushalts). Voraussetzung für eine derartige „Entsäulung“ ist, dass ASD, HzE-Träger, Träger der offenen Kinder- und Jugendarbeit und andere Beteiligte (Schule, KITA, Vereine, soziokulturelle Einrichtungen, Ärzte, Hebammen, Logo-, MotopädInnen...) sich vor Eintritt eines Einzelfalles über Inhalt und Form derartiger Angebote, Maßnahmen und Vorhaben verständigen und diese auch praktisch und fallunabhängig realisieren.

Versteht man „Schwellen“ als „Scharniere“ oder „Brücken“ zwischen Lebenswelt und Einrichtungen, haben „Schwellen“ unterschiedliche Bedeutung und Funktion.

Schon die optische oder bauliche Erscheinung kann in diesem Sinn eine „Schwelle“ sein, die es erleichtert oder erschwert, ein Angebot zu nutzen; das Gleiche gilt für eine vertraute Person oder jemanden Unbekannten sowie für unmittelbaren Zugang oder lange Wartezeiten.

Aus Sicht der Bewohner wird auch die Dominanz einer soziokulturellen Gruppe wie z.B. die der Einwanderer von Bedeutung sein: Fühlt man sich ihr zugehörig, ist die „Schwelle“ niedrig, sind es „die Anderen“, wird die „Schwelle“ sehr hoch sein.

„Schwellen“ gibt es aber auch zwischen Trägern. ...

Viele „Schwellen“ sind allerdings auch sozialpolitischer Art und damit nicht unmittelbar beeinflussbar. ...

In der Praxis lassen sich diese „Schwellen“ kaum sauber trennen, in ihrer Kombination verstärken oder verringern sie Zugangsmöglichkeiten.

Zugänge ohne Schwellen gibt es also nicht. Es kommt darauf an, die Schwellen so zu gestalten, dass die Nutzerinnen und Nutzer, die ein KiFaz ansprechen möchte, auch wirklich erreicht werden. Ein einfach zugänglicher Bereich, der auch noch einladend gestaltet ist – wie dieses Café hier – ist ein gutes Beispiel für einen einfachen Zugang bzw. eine gezielt gestaltete niedrige Schwelle.

These 4

Wirksamkeit in der Sozialen Arbeit ist nicht „als Herstellen von etwas, sondern als

Entstehen *als etwas* durch das Zusammenkommen von Ressourcen erkennbar, wobei die Autorenschaft im Handeln an Bedeutung verliert“ (Langhanky u.a. 2004: 180, Hervorhebung von mir).

Über Wirksamkeit in der Sozialen Arbeit wird immer noch heftig diskutiert. Noch immer dominiert eine sehr einfache, mechanische Vorstellung von Ursache und Wirkung. Wenn zum Beispiel ein Kind nicht zur Schule geht, möchte man am liebsten eine Maßnahme X haben, die das Kind motiviert, wieder zur Schule zu gehen; wenn das nicht reicht eine Maßnahme Y; und zum Schluss holt man die Polizei. Da dieses einfache Kausalmodell mehr Probleme schafft als es löst, wurden Projekte wie „Zweite Chance“ eingerichtet, die zumindest im Ansatz ernst nehmen, welche Gründe ein Kind hat nicht zur Schule zu gehen.

Das KiFaz Dringsheide steht exemplarisch dafür, in schwierigen Situationen gemeinsam mit allen Beteiligten etwas zu entwickeln, das an den geäußerten Anliegen, Fähigkeiten und Perspektiven der Beteiligten ansetzt, damit etwas entsteht, was allen nützt. Eine derartige „gemeinsame Aufgabenbewältigung“ (Mannschatz 2010) erfüllt die drei Kriterien erfolgreichen Wirkens in der Kinder- und Jugendarbeit, die in der umfangreichen Bielefelder Untersuchung über wirkungsorientierte Jugendhilfe empirisch herausgearbeitet wurden:

(1) Die Maßnahme oder das Angebot muss in die Lebenswelt der Nutzerin oder des Nutzers passen, muss also nützlich sein. Ob etwas passt oder nicht, kann ausschließlich die Nutzerin oder der Nutzer sagen, es kann nicht von außen bestimmt werden.

(2) An der praktischen Umsetzung des Angebots oder der Maßnahme müssen die Nutzerinnen und Nutzer aktiv beteiligt sein. Es geht dabei nicht um „gefühlte“ Partizipation, sondern um „erlebbare“ Beteiligung und Teilhabe.

(3) Die Situation muss von wechselseitigem Vertrauen getragen sein. Alle Beteiligten müssen die Situation als verlässlich erleben.

(vgl. Albus u.a. 2010, S. 165)

Wie diese Untersuchung herausarbeitet, gilt das Gebot der Partizipation auch für die sozialpädagogischen Fachkräfte: Nur dann wird auch von deren Seite eine Intervention als gelingend oder positiv bewertet, wenn sie eine große Gestaltungsfreiheit in der Entwicklung der Unterstützung haben. Es wundert mich immer noch, weshalb diese doch eigentlich leicht einsehbare Tatsache in der Praxis so wenig zur Kenntnis genommen wird. Unter diesem Aspekt wird die Tragweite der Empfehlung aus dem Wirksamkeitsdialog deutlich, die ich eben vorgetragen habe:

Wenn Vorhaben von den Lebenslagen der Bewohner her konzipiert werden, entsteht eine Vielfalt unterschiedlicher Angebote, die es z.B. denjenigen ermöglicht, die über HzE zu entscheiden haben, eine entsprechende Vielzahl von Alternativen in ihre Überlegungen

einzu beziehen (statt nur zwischen ambulanten oder stationären Angeboten bzw. Eingriffen wählen zu müssen ...).

Dass die Erhöhung der Handlung- und Entscheidungsalternativen in kritischen Situationen tatsächlich die Anzahl von ambulanten, besonders aber von stationären Hilfen zur Erziehung reduziert, zeigen die Evaluationen sozial-räumlicher Ansätze in Stuttgart, aber auch in Hamburg und anderswo (vgl. Hinte/Treeß 2016). Es verwundert, dass weder die sozialpädagogischen Experten noch die sparwütigen Haushälter begeisterte Anhänger der KiFaz-Idee sind. Eigentlich müsste es in jedem Stadtteil ein KiFaz geben.

Lassen Sie mich deshalb abschließend darüber spekulieren, was mögliche Gründe für diese erstaunliche Tatsache sein könnten.

These 5

In den „Care-industriellen Komplex“ passen keine „Orte verlässlicher Begegnung“.

Spätestens seit der Einführung des Neuen Steuerungsmodells Anfang der Neunzigerjahre entwickelt sich im Sozial- und Gesundheitsbereich etwas, was wir aus anderen gesellschaftlichen Bereichen kennen, in denen die enge Verzahnung von wirtschaftlichen und politischen Kräften eine zentrale Rolle spielt. So wie wir vom „Gefängnis-industriellen Komplex“ oder vom „Rüstungs-industriellen Komplex“ sprechen als eine wechselseitige Durchdringung neoliberaler Deregulierung und staatlicher Steuerung durch Marktmechanismen (was im Sozialen Bereich immer missverstanden wird als Sparpolitik), so erleben wir seit gut 20 Jahren einen Gestaltwandel des Gesundheits- und Sozialbereiches von einer hoheitlichen Staats-tätigkeit hin zu einem Feld profitabler Kapitalanlage. Dieser Prozess ist im Gesundheitsbereich schon weiter fortgeschritten – man denke nur an die Monopolisierungen im privatisierten Krankenhausbereich –, seit der Öffnung des SGB VIII für private Anbieter entwickelt sich hier aber eine ähnliche wechselseitige Interessenabhängigkeit. Aus dieser Perspektive ist die strikte Einzelfallorientierung der Hilfen zur Erziehung so etwas wie die Erlaubnis, Geld zu drucken, wenn man sich die Wachstumsraten der Träger in diesem Bereich etwas genauer ansieht. Da ist natürlich ein Ansatz, der nicht über Fälle finanziert wird, sondern durch eine pauschale Zuwendung, ein „Systemfehler“. Darin sehe ich den wesentlichen Grund für die Tatsache, dass seit 20 Jahren keine neuen KiFaz gegründet wurden. Aus der Perspektive eines Einzelfall basierten und tendenziell Einzelfall pauschalisierten Care-industriellen Komplex ist ein KiFaz keine gute Kapital-Anlage.

Dass auch eine andere Entwicklung denkbar ist, zeigt ausgerechnet ein ebenfalls über 20-jähriges Projekt in der Metropole des Kapitalismus, in New York City.

Trotz aller Unterschiede zwischen New York und Hamburg – insbesondere die Elternrechte sind in Deutschland sehr viel stärker verankert – kann das Beispiel doch einige Anregungen geben.

In New York gelang das, was die HzE-Bürokraten in Deutschland immer versuchen und womit sie immer wieder nicht nur scheitern, sondern geradezu das Gegenteil produzieren, nämlich die Reduzierung von Fremdplatzierungen. Die drastische Verringerung von ca. 50.000 Fremdplatzierungen pro Jahr Anfang der Neunzigerjahre auf knapp über 10.000 2015 hatte interessanterweise nicht zur Folge, dass das Budget für arme Kinder und deren Familien reduziert wurde, sondern im Gegenteil: Es wurde erweitert durch die materielle Unterstützungen für Ausbildung, Arbeit und Wohnen, also durch praktische Bekämpfung von Armut und nicht der Armen, wie es David Tobis in seiner 2013 veröffentlichten Projekt-Evaluation deutlich macht. David Tobis hat dieses Projekt als Sozialarbeiter und Community Organizer von Beginn an unterstützt und bis heute begleitet. Die Perspektive der Betroffenen, insbesondere der Mütter, deren Kinder fremd platziert wurden, war Ausgangspunkt und stand im Vordergrund. Die Mütter wurden darin unterstützt, Menschen in gleicher Situation zu beraten und zur Seite zu stehen. Das Interesse, ihre Kinder wieder zu bekommen und zugleich einen Schritt aus der Armut zu machen, war der individuelle und gemeinsame Motor dieser immer stärker werdenden sozialen Bewegung.

„Egal ob man mit dem Establishment kollaboriert (eine Strategie von innen), ob man in den Straßen agitiert (eine Strategie von außen) oder einen Rechtsstreit vor Gericht bringt, eine Bewegung muss es schaffen, ihre Macht zu vergrößern. Macht kommt aus unterschiedlichen Quellen – Geld, Informationen, Menschen und Beziehungen. Auch lernten wir, dass ohne eine Organisation, die Struktur, Personal, Geld und eine klar definierte Zielsetzung hat, Aktivitäten leicht versanden. ... Gewählte Parlamentarier, die die Interessen armer Familien repräsentieren, können auch eine Kraft der Veränderung sein. Aber sie werden Druck von unten brauchen, von Eltern, armen Menschen und einer informierten Öffentlichkeit, um tatsächlich das Kinderwohlfahrtssystem in den Mittelpunkt zu stellen“ (Tobis 2016).

Durch und in dieser Bewegung entstanden Orte einer lebensweltlichen, wechselseitigen Verlässlichkeit, die wiederum nur aus Partizipation und Vertrauen entstehen und sich weiter entwickeln können.

Ansätze zu solchen „Orten verlässlicher Begegnung“ finden sich zweifelsohne in den KiFaz wie hier in Dringsheide. Wie Langhanky u.a. (2004) in ihrer Evaluation der Hamburger Kinder- und Familienhilfezentren deutlich machen, ist es genau diese Funktion der tatsächlichen Verlässlichkeit lebensweltorientierter Praxen, die dazu beiträgt, dass Alternativen zu und in

den Hilfen zur Erziehung möglich werden. Schon jetzt ist es auch hier im KiFaz der Fall, dass ehemals Ratsuchende zu aktiven MitarbeiterInnen in Angeboten des Zentrums werden.

Mit etwas Fantasie lassen sich daraus Settings weiter entwickeln, in denen die Subjektrechte der Beteiligten an Teilhabe und Teilnahme auch materiell abgesichert werden – zum Beispiel durch Genossenschaftsanteile, die jeder Familie mit Kindern in einem Stadtteil zustehen (vgl. Kunstreich 2016). Das könnte so aussehen:

Um Kinder und Jugendliche in ihren Subjektrechten zu stärken und zusammen mit ihren Familien eine offene und kreative Kultur des Aufwachsens zu gestalten (vgl. 12. Kinder- und Jugendbericht), werden die bisherigen Mittel für Hilfen zur Erziehung auf die jeweiligen Quartiere oder Stadtteile bezogen zu regionalen Budgets umgeformt. Jede Familie mit Kindern unter 18 Jahren bekommt einen entsprechenden Genossenschaftsanteil. Diese Anteile bilden die Basis für jedes KiFaz, das von Fachkräften und Nutzerinnen gemeinsam geleitet und verantwortet wird; es sollte von multikulturellen Teams mit unterschiedlichen Aufgaben- und Verpflichtungsbereichen gestaltet werden, um sowohl fachlich herausfordernde Beratung als auch alltagspraktische Unterstützung anzubieten. Zu jedem KiFaz müssten ein oder mehrere Stadtteilteams gehören, die dann in die Klärung und Bewältigung komplexer Situation einbezogen werden, wenn die Ressourcen und/oder die Kompetenzen der Akteure vor Ort nicht ausreichen. Auf diese Weise können für jede Situation „Maßanzüge“ geschneidert werden, die den Vorstellungen der NutzerInnen („Wunsch- und Wahlrecht“) entsprechen.

Solch eine Idee klingt sicherlich utopisch. Wenn wir uns aber die vielen Ansätze zu einer Beteiligung von Bewohnern in den KiFaz ansehen, dann gibt es dort Stadtteil-Lotsen, Stadtteilmütter, DolmetscherInnen, Haushaltshilfen, Tagesmütter, Hauswarte und auch Kurs- oder GruppenleiterInnen aus dem Stadtteil in Angeboten eines KiFaz. Auf der Seite der Fachkräfte gibt es Stadtteilkonferenzen und andere fachliche Netzwerke, die eine derartige Option fördern und unterstützen könnten.

Die fachliche Basis dazu findet sich im Konzept der „Orte verlässlicher Begegnung“, wie es zum Beispiel von der Redaktion der Zeitschrift Forum formuliert wurde:

These 6

„Ein wesentliches Qualitätsmerkmal sozialräumlicher Jugendhilfe sind offene Orte, die sowohl einladend und für die NutzerInnen geeignet sind, sich dort auszutauschen und voneinander zu lernen, als auch um dort alltagsbezogene Beratung, Entlastung und Unterstützung durch Professionelle in jeweils bedarfsgerechter Form in Anspruch nehmen zu können. Die besondere Wirksamkeit der sozialräumliche Entsäulung liegt in der direkten Verknüpfung stärkender, aktivierender und ermutigender ‚Orte der verlässlichen Begegnung‘ mit alltags-

unterstützenden flexibel einzusetzenden Hilfsangeboten mit jeweils angepasster Intensität“
(2011:12).

Literatur

Albus, S./Greschke, H./Klingler, B./Messmer, H./Micheel, H.-G./Otto, H.-U./Polutta, A. (2010): Wirkungsorientierte Jugendhilfe. Abschlussbericht der Evaluation des Bundesmodellprogramms „Qualifizierung der Hilfen zur Erziehung durch wirkungsorientierte Ausgestaltung der Leistungs-, Entgelt- und Qualitätsvereinbarungen nach §§ 78a ff SGB VIII“. Münster.

Dokumentation (2011): Koordinierungssitzung der A-Staatssekretäre (sozialdemokratisch regierte Bundesländer) am 13.05.2011 in Berlin, in: neue praxis, Heft 5: 555-557

Hammer, W. (2011): Neue Praxis oder Paradigmenwechsel? Zur Notwendigkeit einer Weiterentwicklung der Hilfen zur Erziehung und des Kinderschutzes, in: neue praxis, Heft 6: 468-476

Hinte, W./Treeß, H. (2011): Sozialraumorientierung in der Jugendhilfe. 2. Auflage. Weinheim

Kunstreich, T. (2016): Soziale Arbeit als demokratische Kooperation – ein Plädoyer für Sozialgenossenschaften. In: Forum sozial, H. 1 und 2/2016, S. 24-29

KVARTIER (2003): Projekt Wirksamkeitsdialoge, hrsg.von BASFI Hamburg (kostenfrei herunterzuladen unter: www.timm-kunstreich.de)

Langhanky, M./Frieß, C./Hußmann, M./Kunstreich, T. (2004): Erfolgreich sozial- räumlich handeln. Die Evaluation der Hamburger Kinder- und Familienhilfezentren. Bielefeld

Mannschatz, E. (2010): Was zum Teufel ist eigentlich Erziehung? Berlin

Münder, J. (2011): Bessere Kinder- und Jugendhilfe ist preiswerter – oder: Abbau von Leistungen und Rechten. neue praxis, 456-460

Otto, H.-U. (2012): Was rettet die Soziale Arbeit – auch vor sich selbst? neue praxis, 327-329

Redaktion Forum (2011): Editorial, H. 2 (Zeitschrift des Verbandes Kinder- und Jugendarbeit Hamburg)

Tobis, D. (2013): From Pariah to Partner. Oxford University Press.

Tobis, D. (2016): How New York City's Parents took on the Welfare System – and changed it, 24. Februar 2016 in: The Guardian